

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-59091](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-59091)

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in $\frac{1}{2}$ Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VII. Jahrgang.

Dienstag, den 25. Juni 1850.

N^o 51.

Das Budget.

Stets Tagesordnung verlangt ihr, doch nimmer
zum Tage der Ordnung, —

Ihr Ruhe kommet ihr nie, weil ihr die Ruhe
so liebt. —

Xenien 55.

In Nr. 44. der Neuen Blätter wird wieder einmal der Finanz-Ausschuß und mittelbar der Landtag angezapft. Der Ausschuß hätte, damit überall nur ein Finanzgesetz zu Stande komme, es diesmal mit dem Budget nicht so genau nehmen, auch seine Anträge früher einbringen sollen. Es ist nicht zu verkennen, daß es nicht darauf ankam, dies erste Budget, namentlich da schon ein großer Theil des Jahres verlossen war, in allen Punkten auf das genaueste festzustellen und zu ermäßigen. Das hat aber der Finanzausschuß gewiß wohl erwogen und deshalb vielfach fünf gerade sein lassen. Nur in zwei Punkten hat er eine Ausnahme gemacht: bei der Bewilligung der Geldmittel für die Reiterei und bei den Diäten für die Erfurter Abgeordneten. Was die Cavallerie anbetrifft, so konnten die Gelder nicht ohne den offenbarsten Nachtheil für das Land bewilligt werden. Die Regierung hatte nicht bloß die Mittel zur Erhaltung des Bestehenden, sondern trotz der Zusage vom 30. August 1849 auch zur weiteren Fortentwicklung, als Vermehrung der Officiere und Unterofficiere, Einstellung von 87 Rekruten, Anschaffung von Remonten u. verlangt. Es war um so mehr notwendig, die Ansicht des Landtags über die Reiterstellung schon jetzt zu erfahren, als die Bedenken, welche der Auflösung der Reiterei entgegenstehen, immer gewichtiger werden, je weiter bereits die Organisation vorgeanschritten ist. Der Landtag erhob von den beiden Anträgen des Ausschusses: Abschaffung oder Verminderung der Reiterei, den ersteren einstimmig zum Beschluß. Will man hierbei irgend Jemandem

eine Schuld beimessen (wenn überall bei einem so heilsamen Beschlusse von „Schuld“ die Rede sein kann), so wird man sie sicherlich nicht auf Seite des Ausschusses zu suchen haben.

Die Verweigerung der Geldmittel für die Abgeordneten nach Erfurt mag allerdings ein zweifelhafterer Punkt sein; — sie wäre aber sicherlich nicht erfolgt, wenn das Ministerium noch im letzten Augenblicke eine befriedigende Erklärung hätte geben wollen. Nachdem aber der mit dem Landtage eingegangene Vergleich nicht eingehalten worden, mußte der Landtag consequenter Weise dem Ministerium die Mittel verweigern, um eine den Interessen des Landes widerstrebende Politik weiter zu verfolgen. —

Was ferner den Mangel an Raschheit und Thätigkeit betrifft, welcher dem Ausschuß in jener Nr. 44. zum Vorwurf gemacht wird, so ist dabei übersehen, daß, bevor zu einer ausgiebigen Prüfung der Militär-Ausgaben (des umfangreichsten Theils des Central-Budgets) geschritten werden konnte, erst der Versuch zu machen war, sich mit der Regierung darüber zu einigen, ob Oldenburg in Zukunft 2 pCt. der jetzigen oder, wie früher, $1\frac{1}{2}$ pCt. der alten Bevölkerung zur Bundes-Armee zu stellen habe. Die Regierung erklärte bekanntlich, daß sie sich zu ersterem rechtlich verpflichtet halte, vorerst aber den alten Satz nicht überschreiten wolle, auch daß die Vorlage von Normal-Etats (ohne welche doch ein Einblick und eine ständische Controle unmöglich ist) unthunlich sei. Die desfalligen, wohl nicht ganz zur öffentlichen Kunde gekommenen Verhandlungen nahmen um so mehr Zeit hinweg, als die Regierung sich mit ihren Rückäußerungen eben nicht sehr beeilte. Sobald dem Ausschusse feststehen mochte, daß auf diesem Wege nichts zu erreichen sei, ließ er auch, wie in Nr. 44. richtig hervorgehoben, mit seinen Anträgen nicht auf sich warten.

d.



Die Ablösungs-Commission.

Das Schiff auf den Strand laufen zu lassen, wenn man sich gegen den Sturm nicht länger halten kann oder dem Sinken nahe ist im leeren Fahrzeug, das ist in der Seemannskunst allerdings ein letztes Mittel. Aber wer davon Gebrauch macht, wagt immer seinen guten Ruf dabei, denn es ist das äußerste letzte Mittel, welches nur bei völliger Rathlosigkeit in Anwendung gebracht werden darf. Oldenburg hat in seinem politischen Leben andere Erfahrungen davon zu machen gehabt. Die Steuerleute unseres Staates haben sich noch fast aus keiner Verlegenheit herauszuziehen gewußt, als dadurch, daß sie das constitutionelle Fahrzeug auf die Sandbank absetzten, durch Vertagung oder Landtagsauflösung, wenn kaum der Wimpel unserer Landtagshoffnungen sich erhoben und in der reinen blauen Luft des Zeitgeistes und Fortschritts einige flatternde Bewegungen zu versuchen angefangen hatte; und seitdem wir einen Landtag und das Staatsgrundgesetz besitzen, haben wir, Gott sei's geklagt, die längste Zeit mit schlaffen Segeln auf dieser Sandbank wartend hergesehen. Das ist harte Geduldsprobe, zumal für ein Volk, welches man zuvor, unter dem Vorgeben, der Bau dieses Schiffes erforderliche Ueberlegung, 30 Jahre lang in der Vorfreude darauf warten ließ. Wahrlich, wir Oldenburger können weit kommen bei diesem langsamen Fortschritte auf der Bahn mit Hindernissen, und man läßt uns recht Zeit, es uns zu Herzen zu nehmen, wenn die sanften Heinriche von der Gothaer Partei volksfreundlich uns zurufen: nur keine Ueberstürzungen! Das könnte ein Kind zu Thränen rühren. Männer können darüber nur herzlich lachen oder — doch davon an einem anderen Tage, welcher auch schon kommen wird, und an welchem diejenigen, die es verlernen haben, schamroth zu werden, nur um so blasser drein sehen werden!

Das Entschädigungsgesetz ist das einzige, womit man alle unsere Landtage hat zu Stande kommen lassen. Um so erfreulicher muß es sein, in Erfahrung zu bringen, daß die in Folge dieses Gesetzes eingesetzte Ablösungscommission eine recht erfolgreiche Wirksamkeit bewährt. Kaum hatte das Gesetz den vernünftigen Weg dazu gebahnt, so beeilen sich Gutspflichtige wie Gutsbesitzer der Kreise Wechta und Kloppenburg ihre im Laufe der Zeit für beide Theile gleich unseidlich gewordenen Verhältnisse vor jener Behörde schlichter zu lassen, und einem beträchtlichen Theil derselben ist es schon gelungen, damit zu Ende zu kommen, ohne daß die Commission bis jetzt ein einziges Mal genöthigt war, eine Entscheidung abzugeben. Alles macht sich nach den Anleitungen,

welche das Entschädigungsgesetz giebt, in Güte ab. Namentlich dem Grafen Galen gebührt, wie wir hören, das Lob, seinen Gutspflichtigen durch vernünftige und billige Vorschläge überall entgegen gekommen zu sein. Gut ab vor dem Mann! Und wie sehr haben die Finsterlinge den demokratischen Landtag gerade um dieses Entschädigungsgesetzes willen verschrieen und verklagt. Ließe man uns doch nur zu mehr dergleichen erst kommen! Es würde sich dann immer handgreiflicher zeigen, auf welcher Seite die praktische Vernünftigkeit ist. Haben doch die Gegner unseres Landtages mit ihrem Berliner Verwaltungsrath, Erfurter Reichstag, preussischen Fürsten-Congress und dem ganzen Gothaer Unsiun in all der Zeit nicht das Geringste aus dem Ofen gелеckt; und doch müssen unsere Landesvertreter es sich gefallen lassen, von ihrer nützlichen Thätigkeit abzustehen und jenen unfruchtbaren Phantastereien müßig zuzusehen.

3.

Aus einem Schreiben vom Lande.

Juni 11.

Sie wundern sich, bester Freund, daß unsre Partei so gar wenig auf die Anzapfungen, Beschuldigungen, Redensarten der ehrenwerthen Rüderschen Blätter und des s. g. Volksfreundes antwortete. Für Sie in Oldenburg mag sich das, wie vieles Andre, auch etwas verwunderlich ausnehmen, für uns auf dem Lande, wenigstens bei mir hier, ist es aber ganz natürlich, denn — staunen und schauern Sie über unsre Gottlosigkeit — wir bekommen hier weder den Sogenannten noch das Rüdersche Ministerialblatt zu sehen. Letzteres wird hier allerdings in einem Exemplare von einigen Freunden der „Staatsweisheit“ gehalten, allein in öffentlichen Lokalen findet man nur den Beobachter, die freien Blätter, die norddeutsche und Weserzeitung, Tageschronik, aber nirgends, sage nirgends in dieser gottvergessenen Demokratenecke die ewig denkwürdigen Neuen Blätter et Comp.

Das wird Ihnen, wenigstens für unsern Bezirk hier, die Sache erklären, und so soll es auch wohl anderwärts auf dem Lande gehen. Man mag solche Beamten-Volksfreunde nun einmal nicht, und die Zumuthung, daß man das Zeug kaufen und auch lesen soll, um dagegen zu schreiben — ist mir doch zu stark. Lassen Sie die Leute nur lustig räsonniren, es schadet Nichts, denn es ließe hier Niemand, und ist auch übrigens ungefährlich, denn

Recht blüßt haben.

Ihr

(h.)

Die Zahl der deutschen Flüchtlinge in der Schweiz —

Schreibt der letzte Präsident der deutschen Nationalversammlung — vermindert sich täglich, es ist wahr, Dank der Ausweisung einer großen Zahl und Dank der verzweifelten Lage der gesammten Partei in Europa, die jede Hoffnung auf eine nahe Zukunft nicht eines Sieges, nein, nur einer Lebensbethätigung der Partei raubt. Die Fortschritte der Reaction in Deutschland fühlen wir hier immer unmittelbar. Die Jagd auf die früher officiell Ausgewiesenen, die noch unter verschiedenen Gründen oder unter anderen Namen theilweis geblieben waren, wird heftiger, die Sorgfalt, mit der die Polizei sich um alle Uebrigen bekümmert, dringender oder vielmehr drückender, und seit einigen Tagen geht von gut unterrichteten Personen das Gerücht aus, daß mit Ende dieses Monats, spätestens in der ersten Hälfte des nächsten, sämtliche Flüchtlinge ohne Ausnahme die Schweiz räumen müssen. Es ist dieselbe Maßregel wie in Berlin und Dresden, nur andre Formen und Namen. Die Presse in Norddeutschland ist größtentheils vernichtet, der Mund des Volks versiegelt, und zwischen unsere Klagen und Deutschland wird man den Ocean legen! Ach, man weiß es in Deutschland nicht, wie hart es dem Flüchtling ist, nach Amerika zu gehen; es ist der zweite schmerzlichere Abschied vom Vaterlande, das Aufgeben der ganzen Vergangenheit, das Retten der armseligen nackten Existenz des Individuums aus dem großen Schiffsbruch der Freiheit und des Vaterlandes. Ich bin hier seit länger als einem Monat an dem Hauptausgangspunkte der Schweiz — es ist die Straße über Basen — und sehe sie so täglich scheiden, vier, sechs, acht, zehn, zwölf täglich, und bin täglich Zeuge dieses Schmerzes. Und immer mischt sich in den Abschied von den Zurückbleibenden etwas wie eine Abbitte, eine Entschuldigung wegen des Fortgehens. Ich konnte mich nicht mehr reiten vor der Polizei, sagt der Eine, der zu den Ausgewiesenen gehört, und mir war es unerträglich, der Andere, länger ohne eine regelmäßige Beschäftigung zu sein. „Meine Frau, meine Kinder, feußt ein Dritter, nun seit mehr als einem Jahre getrennt, Freunde unterstützen sie in der Heimath, ich selbst fühle mich nicht gedrückt durch die Unterstützungen, aber Weib und Kind nicht mehr selbst ernähren zu können, ist zu fürchterlich!“ Hier an der Grenze des Vaterlandes — es war der letzte Posten, den sie noch zu halten glaubten — so lange als möglich auszudauern, eine theure Pflicht. „D, wir kommen wieder“, sagen die Jüngeren, „bei dem ersten Auf sind wir wieder da.“ Die Erfahrenen lächeln wehmüthig dazu, sie wissen zu

gut, daß es weit, weit ist über den Ocean und daß die dünnen Fäden, die sich hinüberspannen, bald von der scharfen amerikanischen Luft zerstückt werden.

Ueber den bureaukratischen Despotismus in Preußen

äußert sich aus Anlaß der preussischen Preßverordnung vom 4. d. M. sogar die „N. Preuß. Ztg.“ (Kreuzzeitung) wie folgt:

Die neuen Preßvorschriften sind nunmehr verkündet, wir nehmen dieselben als Gesetz hin, und bescheiden uns, daß es unserer Stellung nicht geziemt, den Inhalt sofort einer speciellen Kritik zu unterwerfen. Was wir aber auch nicht einen Augenblick ungerügt lassen dürfen, das ist das Princip, aus welchem alle derartige Vorschriften hervorgehen; wir meinen keinen bureaukratischen Despotismus, welcher schon vor der glorreichen Epoche des anzubahrenden Constitutionalismus unser gesamtes Staatsleben überwucherte, und jetzt, wo Alles beseitigt ist, was ihn noch aufhielt, alle edleren organischen Triebe und Bildungen zu ersticken droht. Es war nichts als die Bureaucratie, gegen welche die sogenannte Märzrevolution, wenn auch vielleicht den Meisten unbewußt, gerichtet war, und es ist Niemand, welcher durch die „Revolution“ gewonnen hat, als eben jene Bureaucratie. Königthum und Stände, welche bis dahin die Macht jener privilegierten Klasse beschränkt hatten, und gegen welche um deswillen, sei es positiv, sei es negativ, ein erbitterter Vernichtungskampf geführt war, sie haben sich beugen müssen vor dem gefürchteten Rival, und die Bureaucratie, jetzt eben so mächtig in den Kammern wie in den Ministerien, übt schonungslos das Recht des Siegers, indem sie Alles, Institutionen wie Personen, mit ihrem Stempel versieht. Hier gilt nicht Alter, nicht Geschlecht: Königthum, Aristokratie, Demokratie, General-, Provinzial- und Kreisstände, Corporationen und Gemeinden, Landräthe, Gutsherren und Lebuschützen, Institutionen und Aemter, theilweise so alt als der preussische Staat selbst, verwachsen mit den Sympathien und getragen durch das Vertrauen des Volkes: Nichts findet Gnade vor den Augen dieser modernen Barbaren, die Erde muß plantirt werden, und es ist Niemand würdig, darüber zu herrschen, der nicht mindestens zur zweiten Rathsrangklasse gehört. Wir wissen kaum etwas, was wir so aus innerster Seele verwürfen und verschmähen als jene liberale, übermüthige und doch feige Despotie, welcher wohlerworbene Rechte viel leichter wiegen als dem türkischen Sultan, jene geißlose Herrschaft des grünen Tisches, die, weil sie selbst völlig unfähig ist, geschichtliche That-

sachen und bestehende Einrichtungen zu begreifen, kein besseres Material kennt, als Dinte und Papier, und keine bessere Reformation als Umsturz und radicaler Neubau. Einer solchen Bureaucratie und ihrer Willkürherrschaft gegenüber finden wir selbst in unserer Verfassung noch eine köstliche Summe von Freiheit, und es mag deshalb Niemanden Wunder nehmen, wenn wir fortan nicht selten als Wächter der verfassungsmäßigen Freiheit auftreten werden. Uns ist selbst das wildeste Treiben der Demokratie noch lieber als diese Ruhe eines bureaucratistischen Kirchhofs, denn nur wo Leben ist, da ist noch Besserung möglich, wo aber der Tod herrscht, da ist die Verwesung.

Was zürnt und scheltet Ihr auf die Fürsten!

— sagt Dulong in seiner Tages-Chronik — wäret Ihr als Fürsten geboren und erzogen, hätte man Euch geschmeichelt, vor Euch gekrochen, wie vor den Fürsten, — es wäre sehr die Frage, ob Ihr anders und besser handelt, als sie handeln. Zürnet den Männern, in deren Macht es gegeben war, die Fürsten zum Guten zu führen und den dornigen Herrscherstab zu zerbrechen. Zürnet diesen Gothaern, diesen Constitutionellen, diesen Halbmenschen, die die Fürsten kannten und kennen mußten und in ihrer Feigheit zu schändlichen Verräthern wurden. Diesen Gothaern zürnet, diesen Menschen, die in den gewaltigen Völkerstürmen keinen andern Gedanken hatten, als den an ihre Erhebung, an ihren Vortheil, keinen, keinen Gedanken an die Erlösung der unglücklichen Massen. Wahrlich, neben diesen erbärmlichen, blasirten aufgeblasenen, dummstolzen Menschen stehen die Fürsten männlich und stark da. Schmerzlich sind wir bewegt bei den Thaten der Fürsten. Aber wenn wir jetzt den Lärm hören, den die Gothaer und die elenden grundlos-gothaer Klatschblätter bei den Verfassungsverlegungen u. s. w. erheben, dann überfällt uns nichts weiter als ein Gefühl des Efels. Bei ihnen finden wir nichts, gar nichts, als entweder eine großartige Bornirtheit oder eine schwächliche Vertheidigung, und in beiden Fällen eine Unverschämtheit, die ihres Gleichen sucht.

Die Homöopathie und Herr Plate.

Wie es der neuen Heilmethode im Oldenburger Lande ergeht und welche Verfolgungen der, dieselbe ausübende Herr Plate zu erdulden hat, ist aus den Oldenb. Anzeigen genügend bekannt.

Allgemein wurde vor einiger Zeit geglaubt, daß die hiesige Regierung, unter Berücksichtigung der an sie in

der Plate'schen Angelegenheit ergangenen Petitionen, demselben eine Concession zur ärztlichen Praxis ertheilen würde. Leider soll aber, wie jetzt verlautet, die Sache sich so gestaltet haben, daß die Wünsche der vielen, auf die Hilfe der Homöopathie hoffenden Leidenden nicht in Erfüllung gehen werden.

Herr Plate ist in einer Lage, worin Arthur Luge, ebendem Postsecretair und jetzt berühmter, zu Potsdam wohnhafter Homöopathiker, vor einigen Jahren sich befand. Derselbe hatte ebenfalls wie Herr Plate durch Selbststudium mit der neuen Heilkunst sich vertraut gemacht und übte dieselbe zum größten Aerger der sogenannten alloopathischen Heilkünstler und Apotheker mit den glücklichsten Erfolgen aus. Aber eben diese glücklichen Erfolge waren Ursache von Verfolgungen gegen ihn. Er wurde denunciirt und wiederum denunciirt, zu Geldbußen condemnirt u. s. bis der König von Preußen, nachdem ihm die Sache zu Ohren gekommen, allen Verfolgungen ein Ende machte, indem er den Ausspruch that: „Da er heilen kann, so soll er heilen!“ (Man lese „Gahnemann's Todtenfeier“ von Arthur Luge, Seite 118.)

Wäcste doch der Großherzog von Oldenburg dem König von Preußen in betreffender Beziehung nachahmen!

Oldenburg 1850. Juni 17.

—1—

Der Equilibrist Grassina

wird im Laufe dieser Woche (vielleicht am Donnerstag) noch eine Vorstellung im Casino geben. Am Sonntag war der Besuch leider nur spärlich, obwohl die Leistungen des Herrn Grassina ganz vorzüglich sind. Besonders waren die Nebelbilder überraschend und von außerordentlichem Effect. Da dergleichen hier wohl so bald nicht wieder gezeigt werden dürfte, so verfehlen wir nicht, das Publikum hierdurch darauf aufmerksam zu machen.

Tivoli-Theater.

Dienstag und Mittwoch wegen der Vorbereitung zur nächsten Vorstellung kein Theater.

Donnerstag, den 27. Juni: Zu ebener Erde und im ersten Stock, oder: Die Launen des Glücks. Pöffe mit Gesang in 4 Acten von J. Kestrey.

Freitag, den 28.: Dieselbe Vorstellung.

Das zweite Abonnement beginnt mit Sonntag, den 30. Juni.

Th. Fürst, Director.

Bestellungen auf das am 1. Juli beginnende dritte Quartal des „Beobachters“ bitten wir noch vor Schluß dieses Monats machen zu wollen, indem sonst für die vollständige Lieferung der Blätter nicht eingestanden werden kann. — Den Pränumerationspreis von 36 Gr. per Quartal können die auswärtigen Besteller unfrankirt an die Großb. Zeitungs-Expedition in Oldenburg einsenden. — Auch alle Post-Expeditionen im Lande nehmen Bestellungen an. Wer an der prompten Beförderung der Bestellungen durch solche Expeditionen zweifeln sollte, hat nur nöthig, den Betrag mit kurzer Angabe des Bedarfs und der Namensunterschrift in ein Couvert einzuschlagen, an die oben genannte „Zeitungs-Expedition“ zu adressiren und an die ihm zunächst gelegene Postexpedition abzugeben; der Brief gelangt dann sicher an den Ort seiner Bestimmung. Die Redaction.

Redacteur: Wilhelm Galberla. — Schnellpressendruck und Verlag von Gerhard Etalling in Oldenburg.

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in $\frac{1}{2}$ Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VII. Jahrgang.

Freitag, den 28. Juni 1850.

N^o. 52.

Die Salzsteuer.

Die Hannover'schen Kammern haben in Uebereinstimmung mit ihrem Ministerium beschloffen, die Lüneburger Saline für ihr Privilegium zu entschädigen und den Salzhandel im ganzen Königreiche frei zu geben. Wird nun auch bei uns das Salzmonopol endlich aufgehoben werden?

Daß Monopole nicht zu rechtfertigen sind, daß es keine schlechtere Steuer giebt, als die auf dem nothwendigsten Lebensbedürfnisse, war eine Wahrheit, die längst Jeder anerkannte. Aber dem Jahre 1848 war es vorbehalten, solchen längst anerkannten Wahrheiten auch zur praktischen Geltung zu verhelfen. In unserem konstituierenden Landtage beantragte daher der Ausschuss für die Grundrechte des Volks, neben der Abschaffung der Leibeigenschaftslasten, der Jagdgerechtigkeit, dem Mühlenbannrechte und der adeligen Abgabefreiheit, auch die Aufhebung des vom Staate bisher ausgeübten Salzmonopols, und der Landtag erklärte sich für den Antrag des Ausschusses gegen 2 Stimmen. Von Seiten der Staatsregierung war behauptet worden, der Zollvertrag mit Hannover gestatte diese Aufhebung nicht; allein der Landtag überzeugte sich aus dem zu Jedermanns Einsicht gedruckt veröffentlichten Vertrage, daß hiervon kein Wort darin stehe. Nun mußte, wie man sagt, der Fuchs zum Loche heraus. Es war ein geheimer Zusatzartikel, welchen die Staatsregierung nunmehr dem Landtage mittheilen mußte, und die Sache verhielt sich folgendermaßen: Die Lüneburger Saline hat von Alters her das Privilegium des Salzmonopols in den das Herzogthum Oldenburg zunächst umgebenden Hannover'schen Provinzen Diefriesland, Bremen, Hoya und Diepholz. Deshalb auch die übrigen Theile des Königreichs mit der verhassten Salzregie zu belasten, fiel der Hannover'schen Regierung nicht ein; man half sich, so gut

es gehen wollte, durch Einfuhrverbote der Provinzen gegen einander. Als nun aber der Zollvertrag mit Oldenburg abgeschlossen wurde, hätte auch an unserer Gränze ein Transitverbot genügt. Lieber wünschte natürlich die Hannover'sche Regierung für ihre Saline das sicherer schützende Mittel des Monopols und die Oldenburgische Regierung opferte ihr Land gern diesem Wunsche. Das kam aber nicht in den öffentlich bekannt gemachten Zollvertrag. Dergleichen setzt man lieber in geheime Zusatzartikel, und bis es an den Tag kommt, redet man dann stolz davon: man lasse sich von dem Nachbarstaat nicht ins Schlepptau nehmen! Die damaligen Landtagsverhandlungen sind aufbewahrt in den gedruckten Protokollen, Seite 311. 316—319. 527—528. 763—767. Die Staatsregierung erklärte feierlich, sie werde der Aufhebung des Salzmonopols ihre Zustimmung nicht versagen, sobald dieselbe möglich geworden sei, und die Mehrheit im Landtage (es war schon November) willigte in die Wiederaufhebung des früheren Beschlusses. Nun denn! jetzt ist es an der Zeit, diese Zusage zu lösen!

Wird demzufolge dem bevorstehenden Provinziallandtage Vorlage hierüber zu machen sein, so wird bei dieser Gelegenheit vielleicht auch Manches über die bisherige Salzadministration zur Sprache kommen. Aufgefallen ist es uns bei Lesung der Landtagsprotokolle,

1) daß in dem letzten Jahre, als die öffentliche Meinung die Aufhebung der Salzregie forderte, eine Einnahme von 30.000 Thlr. stattgefunden hat, während in den vorhergegangenen 10 Jahren durchschnittlich nur etwas über die Hälfte dieser Summe an die Staatskasse abgeliefert ist. Wie geht das zu?

2) Wir haben in öffentlichen Blättern gelesen, daß die Lüneburger Saline in neuester Zeit nicht mehr als 50 Last Salz jährlich auf unsere Salznieferlagen lieferte. Besteht wohl eine Controle darüber, daß die-